Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 15. Mai 1929 — Nummer 111

Der Landesausschuß der SPD organisiert den Marsch in die Koalition

Dresden, den 15. Mai.

Wie wir bereits gestern meldeten, sind die sächsischen „linken" Sozialdemokraten eifrig dabei, den Marsch in den Koalitionssumpf zu organisieren. Der am Montag zusammengetretene Landesausschuß der sächsischen SPD hat die ihm vorgelegten Vorarbeiten dafür insofern geleistet, als dort beschlossen wurde, einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu präsentieren. Nun ist das zwar nichts Neues, da man nach der letzten Landtagswahl die SPD als stärkste Partei unmittelbar einen Ministerpräsidenten vorschlagen sollte. Dennoch zeigt der Tenor der SPD-Presse, daß es die Sozialdemokraten diesmal ernst ist mit ihrer „Regierungsbereitschaft", oder besser, mit ihrer Bereitschaft zur Koalition mit den sächsischen Industriellen, daß das wieder mit den üblichen altsozialistischen Phrasen verbrämt wird. So schreibt die Volkszeitung von gestern:

„Wie die Dinge auch immer laufen werden, damit, daß man die Große Koalition verlangt, ist es unter keinen Umständen getan. Wenn diejenigen Kreise, die heute im bürgerlichen Lager nach dieser Koalition rufen, wirklich wünschen, nennenswerte Teile der Arbeiterschaft für diesen Gedanken zu gewinnen, so müssen sie erst einmal sagen, was sie der Sozialdemokratie dafür bieten, welche Zugeständnisse sie an die Arbeiterschaft machen wollen."

Es wirkt direkt erschütternd, daß die linke sozialdemokratische Presse heute bereits solch freche Schreibweise ihren Lesern bieten kann. Die Dresdner Volkszeitung fordert geradezu das Bürgertum auf, die Arbeiterschaft oder nennenswerte Teile der Arbeiterschaft für den Gedanken der Klassenarbeit mit ihr zu gewinnen. Dieselben Leute, die gegen die altsozialistischen Renegaten die schärfsten Schimpfworte wegen ihrer offenen Bereitschaft zum Zusammenmachen mit dem Bürgertum ausstießen, die Edel, Heckert und Konsorten wagen es also, 2 Tage nach den Zielen bereits von sich aus die politische Korrumpierung der Arbeiterschaft zu propagieren und das Bürgertum zur Klarheit aufzufordern.

Ebenso provokatorisch ist die Formulierung von den Zugeständnissen an die Arbeiterschaft, oder besser: von dem Geschäftsanteil der Sozialdemokratie. Was diese Herrschaften unter Zugeständnissen an die Arbeiterschaft verstehen, das sollte man nun nachgerade erfahren haben. Ministerposten, fette Staatsbeamtenpfründe und staatliche Korruptionsgelder für den Parteiapparat zum Kampf gegen die kommunistische Bewegung, das nur ist es, was die Sozialdemokratie als Zugeständnis an die Arbeiterschaft zu betrachten pflegt. Uebrigens wissen die Edel und Konsorten nur allzu genau, daß die sächsischen Industriellen und deren Parteien nur Korruptionsposten als Zugeständnisse an sogenannte Arbeitervertreter zu geben bereit sind und nur diese bei einem entsprechend guten Gegengeschäft geben werden.

Dieses Gegengeschäft aber heißt Knebelung der sächsischen Arbeiterbewegung, Erleichterung der staatlichen und wirtschaftlichen Unterdrückungsaktion durch Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei und ihres Funktionärapparates, restlose Unterwerfung unter das wirtschaftliche und politische Reaktionsprogramm sächsischer Industrieller.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Sozialdemokratie nach etlichen Wenn und Aber mit einigen raffinierten Verwirrungs- und Lügenmanövern bereit sein wird, diesen schmachvollen Weg der Koalierung mit dem Klassenfeind nunmehr auch offen zu beschreiten. Der Kommunistischen Partei erwächst die Aufgabe, diese Fragen vor der Arbeiterschaft klar zur Entscheidung zu stellen, so klar und eindeutig, daß der Marsch der „linken" sozialdemokratischen Führer in den Koalitionssumpf von den Arbeitern beantwortet wird durch Bruch mit der SPD und durch Massenzustrom zur Kommunistischen Partei, die einzig und allein die konsequente Kämpferin gegen die Koalitionskorruption des Bürgertums und des Reformismus, die alleinige Vertreterin der höchsten Grundsätze des Marxismus und des revolutionären Klassenkampfes war, ist und sein wird.

„Hier gut Freund!"

Reichsbannermann Gemeinhard von SPD-Schutzpolizisten erschossen?!

Die Zörgiebel-Polizei ermordete bei dem Blutbad unter der Berliner Arbeiterschaft als einen der ersten den sozialdemokratischen Funktionär und Reichsbannermann Gemeinhard. Die sozialdemokratische Lügenpresse hat trotz bürgerlicher Augenzeugenberichte, u. a. der „Frankfurter Zeitung", bisher diese Tatsache in das Gegenteil zu verdrehen versucht und die Schuld den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Aus zuverlässiger Quelle, nach sorgfältiger Untersuchung, erfahren wir jetzt folgende genauen Einzelheiten über die Vorgänge, die zur Erschießung Gemeinhards führten:

Als die Zörgiebel-Soldateska am 1. Mai mittags 14,20 Uhr die Kösliner Straße mit dem Rufe stürmte: „Straße frei! Fenster zu! Jetzt wird geschossen!" sah im Hause Kösliner Straße 19, im 3. Stockwerk, der SPD-Mann Gemeinhard zum Fenster herunter und winkte den Polizeimannschaften zu, indem er herunterrief:

„Hier gut Freund!"

Kaum hatte er ausgesprochen, knallten zwei Schüsse aus einer Paradeellumpistole. Gemeinhard fiel, mitten in den Kopf getroffen, auf das Fensterbrett und sank ins Zimmer zurück. Der Schütze stand an der Bordschwelle rechts vom Hausflur an einer Laternenuhr, als er den tödlichen Schuß nach oben abgab.

In der Nähe des Schießhelden stand der uniformierte Schupo Haberstroh, ein organisierter Sozialdemokrat, wohnhaft in derselben Kösliner Straße 19, bis vor kurzem stationiert auf der Polizeiwache Uferstraße. Dieser Haberstroh hatte sich selbst wie toll auf der Straße gebärdet und Schüsse aus seiner Pistole abgegeben. In größter Aufregung lief er jetzt den weiter mit der Pistole herumfuchtelnden Polizeimann, der die Mordkugel ausgerechnet dem Sozialdemokraten Gemeinhard zielsicher ins Gehirn gejagt hatte, weg. Denn Gemeinhard und Haberstroh waren nicht nur dicke Freunde, Haberstrohs Vater ist ebenfalls Sozialdemokrat und Führer des lokalen Reichsbanner-Kollkommandos.

Der Schutzpolizist Haberstroh und der andere, auch ein Sozialdemokrat, der den Gemeinhard erschoß, waren von der Stunde an aus der Kösliner Straße verschwunden.

Haberstroh jun. ist auch nicht mehr im Dienst auf der Wache Uferstraße, sondern anderswo hinversetzt; ebenso der Mörder von Gemeinhard. Haberstrohs Vater aber hielt im Krematorium in der Gerichtstraße seinem toten Freunde Gemeinhard die Grabrede, und er wagte von der „verirrten Kugel" zu reden, die dem Leben des Genossen ein Ende gemacht hätte.

Wie wir erfahren, haben sich mehr als 20 Zeugen gemeldet, die die Erschießung Gemeinhards durch die Polizei und die oben geschilderten Vorgänge bestätigen wollen. Das Ganze ein vernichtender Schlag gegen die sozialfaschistischen Führer, gegen die Hörsing-Reichsbannergarde, die die schießlustigsten Elemente für die Schutzpolizei stellt, und gegen die erbärmliche Lügenflut, mit der die SPD-Presse das Maibluthad Zörgiebels in eine Blutschuld der Kommunisten umzulügen versucht. **Sozialdemokratisch organisierte Schutzpolizisten erschießen auf Befehl der Trustbourgeoisie und der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten ihre eigenen Parteigenossen. Kein ehrlicher Arbeiter kann dieser Mörderpartei mehr angehören. Nur in den Reihen der Kommunistischen Partei kann das vergossene Arbeiterblut gerächt werden.**

Gefängnis für kommunistische Wahlagitation!

Leipzig, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat gestern gegen den Schriftsteller Walter Schulz im Haftprüfungsverfahren beschlossen, daß die Untersuchungshaft fortzudauern hat. Schulz wird beschuldigt, als Sekretär der Kommunistischen Partei bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928 unter dem Wahlmaterial die Broschüre von Fritz Wiedemann „Die Geschichte eines Reichswehrsoldaten" sowie Klebezettel, welche das Wahlrecht für die Soldaten fordern, in einer Druckerei bestellt zu haben. Das Reichsgericht erblickt darin Vorbereitung zum Hochverrat und lehnte die Haftentlassung wegen Fluchtgefahr ab. Der Inhalt der Druckschriften enthielt nichts anderes als die Begründung der politischen Forderungen, welche die Kommunistische Partei für die Rechte der Reichswehrangehörigen im Reichstag gestellt hatte.

Die Wahlagitation wird also mit Gefängnis bestraft.

Fememörder Heines wird entlassen

Eine neue Justizschmach!

Stettin, 14. Mai. (Telunion.)

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts hat beschlossen, den Leutnant a. D. Heines, der in dem bekannten Fememordprozeß verurteilt worden war, gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft zu entlassen. Wie wir aus wohlunterrichteter Quelle erfahren, wird die Haftentlassung im Laufe der nächsten Tage erfolgen.

Reparationsverständigung Kriegsverständigung

Die letzten Verhandlungstage der Pariser Reparationskonferenz lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Zeit der dramatischen Gesten der in die Welt hinausposaunten „Krisen" der vielen verworrenen gegenseitigen Täuschungsmanöver vorbei ist. Jetzt kommt es auf den Abschluß der Tagung, auf die Herausarbeitung der Grundlinie, an. Die deutsche Delegation erhielt von dem Vorsitzenden der Konferenz Stamp die Erlaubnis, ihre Vorbehalte zu formulieren. Ein billiges Privatvergnügen, das an der tatsächlichen Höhe der Zahlungen ebenso wenig etwas ändern wird wie die Diskussionen über die anderen noch schwebenden Teilfragen des Transfers, der Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Spezialpfänder, auf die Frankreich nicht verzichten will.

Für das Proletariat tritt die Bedeutung dieser Teilfragen vor der entscheidenden Regelung zurück. Es kommt auch nicht im mindesten darauf an, ob die Endregelung eine Zahlung vorsieht, die mit jährlich 1675 Millionen Mark beginnen wird und in 20 Jahren eine Höhe von 2350 Millionen erreichen soll, oder ob diese Zahlen in den weiteren Verhandlungen noch, wie dies wahrscheinlich ist, zu Ungunsten Deutschlands nach oben abgerundet werden. Entscheidend ist die Tatsache, daß die internationale Einheitsfront gegenüber der Sowjetunion sich als stärker erwiesen hat als die Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen. Entscheidend ist die Eingliederung Deutschlands in die Front des Weltimperialismus in einer viel festeren und schärferen Form als es bisher der Fall gewesen ist. Die bisherige politische Orientierung wird durch das Reparationsgeschäft, durch die Reparationsbank mit festen finanziellen Klauseln gesichert, in einheitliche organisatorische Formen gebracht.

Die endgültige Eingliederung Deutschlands in die Front des Westimperialismus gegen die Sowjetunion wurde, finanziell betrachtet, von den Siegermächten mit einem Nachlaß der jährlichen Zahlungen erkauft, der im Verhältnis zum ursprünglichen Angebot der Gläubigermächte 2—300 Millionen Mark betragen wird. Sicherlich war dies nicht das einzige und nicht das ausschlaggebende Motiv für die Annahme des Young-Planes. Entscheidend war vielmehr neben der Furcht vor einer Kreditblockade die Hoffnung des deutschen Monopolkapitals auf ein anderes Reparationsgeschäft, auf einen anderen Dawesplan. Dieses andere Reparationsgeschäft soll das Rußlandgeschäft, dieser andere Dawesplan soll der Dawesplan für die Sowjetunion sein. Hier hofft sich die deutsche Kapitalistenklasse für das schlecht ausgefallene Reparationskompromiß „kompensieren" zu können.

Ein solcher Dawesplan bedeutet selbstverständlich die größte Verschärfung der Kriegsgefahr. Der Arbeiterstaat wird seine finanziellen Hoheitsrechte unter keinen Umständen preisgeben, wie es das kapitalistische Deutschland getan hat. Eine Dawesierung der Sowjetunion ist eine Vorbereitung der Intervention, — schon als bloßer Plan, schon in ihrer propagandistischen Form.

Das führende Organ zur Durchführung dieser Bestrebungen der imperialistischen Kriegstreiber soll die Reparationsbank werden, die in dieser Beziehung die Erbschaft des Komitees der Rußlandgläubiger, dem bekanntlich auch deutsche Banken beigetreten sind, übernehmen wird. Der Kampf um die Führung der Reparationsbank zwischen Amerika und England wird nicht nur ein Kampf um die finanzielle Hegemonie überhaupt, sondern auch ein Kampf um die Führung der antibolschewistischen Front werden. Wie sich Deutschland in diesem besonderen Kampf einstellen wird, ist noch eine Frage der Zukunft. Die Eingliederung in die allgemeine Kriegsfront gegen die Sowjetunion wurde aber in Paris durch die Zustimmung Schachts zum Young-Plan gerade in jenen Tagen vollzogen, wo Zörgiebels Soldateska in Berlin wütete, die Maschinengewehre gegen die Arbeiterviertel in Bewegung gesetzt wurden, der Rote Frontkämpferbund unter lächerlichen Vorwänden verboten wurde und auf höheren Wink das wüste Geheul der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse gegen Moskau einsetzte.

Es folgt noch das übliche Theater. Die bürgerliche Presse wird noch über die „untragbaren Bedingungen" schwatzen, die französischen, belgischen und englischen Regierungen und Sachverständigen werden noch mit einigen „Krisen" drohen, um ihre besonderen Forderungen bei der Verteilung der Reparationszahlungen durchzusetzen. Vielleicht werden Frankreich und Belgien neue Vorbehalte erheben und die bürgerliche Presse wird von neuen „Gefahren", die der Einigung drohen, reden. Der bisherige Verlauf der Reparationskonferenz zeigt zur Genüge, was man von diesen „Gefahren" halten muß. Nicht die Konferenz ist in Gefahr, die Konferenz ist selbst die Gefahr. Sie bedeutet die Verschärfung der Kriegsgefahr, den neuen Schritt der Einigung der Imperialisten aller Länder gegen die Sowjetunion. Die Forderung der „Deutschen Bergwerkszeitung" nach dem Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau ist die Begleitmusik zu den Verhandlungen zwischen Schacht und den rheinisch-westfälischen Industriebaronen in Essen über die Reparationsfrage.

SLUB
Wir führen Wissen.